

Sozialökologische Transformation des Ernährungssystems

Politische Strategien für eine nachhaltigkeitsförderliche Regionalisierung von Ernährungssystemen

Diskussionspapier für den gleichnamigen Workshop
am 4. Juli 2022

von:

Gerolf Hanke
Öko-Institut e.V., Freiburg

Friedhelm von Mehring
Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Berlin

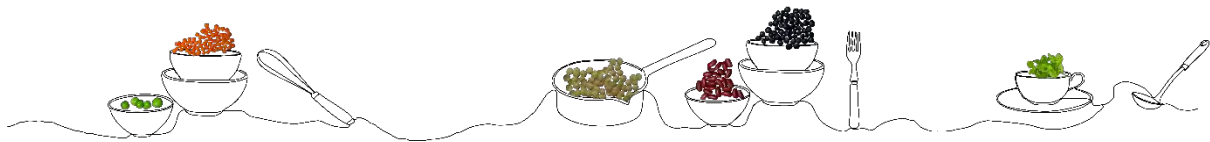
Stephanie Wunder
Ecologic Institut, Berlin

30.06.2022

Gefördert von



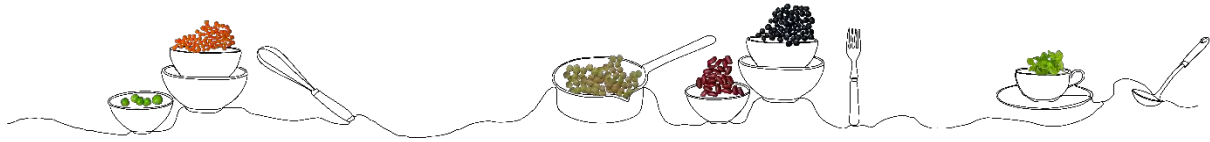
Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit



Inhaltsverzeichnis

Einführung	3
1 Einordnung des Diskussionspapiers in das Gesamtprojekt STErn	3
2 Wie viel und welche Form von Regionalisierung ist nachhaltigkeitsförderlich?	4
3 Was ist bei der Entwicklung lokalspezifischer Regionalisierungsstrategien zu beachten?	6
4 Welche politischen Unterstützungsmöglichkeiten für eine nachhaltigkeitsförderliche Regionalisierung von Ernährungssystemen bieten sich?	8
5 Ausblick: Politische Prozesse zur Einspeisung von Regionalisierungszielen und -maßnahmen	16
Literatur	18

Das vorliegende Papier bildet den einen zwischenzeitlichen Arbeitsstand ab. Diese vorläufigen Ergebnisse und Aussagen wurden in einem Expert*innen-Workshop am 04. Juli 2022 inhaltlich kontrovers diskutiert. Die Ergebnisse dieser Diskussion fließen in einen finalen Bericht zur Arbeit am Thema Regionalisierung von Ernährungssystemen ein, der voraussichtlich Ende 2022 veröffentlicht wird.



Einführung

Regionalität ist seit Jahren ein Trendthema im Ernährungsbereich. Die Corona-Pandemie sowie der Krieg in der Ukraine bzw. die mit diesen Krisen einhergehenden Diskussionen um Lieferketten- und Versorgungssicherheit haben diesem Trend einen Schub verliehen. Passend dazu ist im Koalitionsvertrag der Bundesregierung das Ziel festgehalten, „den Anteil regionaler und ökologischer Erzeugnisse entsprechend unserer Ausbauziele zu erhöhen“ (also auf 30% bis 2030¹). Viele Menschen assoziieren Regionalität mit Nachhaltigkeit, was nach Einschätzung des im Rahmen dieses Projektes vorgenommenen Literaturreviews und auch jüngst erschienener Publikationen anderer Forschungsprojekte (Vittersø et al. 2021, Stein et al. 2021, Chiffolleau und Dourian 2020) nicht grundsätzlich verkehrt ist, aber einer Differenzierung bedarf: nicht in allen Nachhaltigkeitsaspekten ist Regionalisierung automatisch vorteilhaft, teilweise sind sogar negative Auswirkungen zu befürchten und oft hängen die Effekte von der konkreten Umsetzung und von Zusatzbedingungen ab. Nachdem im Projekt die Effekte einer Regionalisierung untersucht wurden, fokussieren das vorliegende Diskussionspapier und der Workshop auf die Möglichkeit politischer Interventionen, um eine (im Sinne der Nachhaltigkeit) möglichst zielführende Regionalisierung voranzutreiben.

1 Einordnung des Diskussionspapiers in das Gesamtprojekt STErn

Im Rahmen des im Auftrag des Umweltbundesamtes und des Bundesumweltministeriums (UBA/BMUV) durchgeführten Forschungsprojekts „Sozial-ökologische Transformation des Ernährungssystems (STErn)“ untersucht ein Konsortium aus Öko-Institut e.V., Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) und e-fect eG unter der Leitung des Ecologic Instituts einige zentrale Aspekte eines nachhaltigkeitsorientierten Wandels des Ernährungssystems. Im Fokus des STErn-Projekts stehen vier Themen:

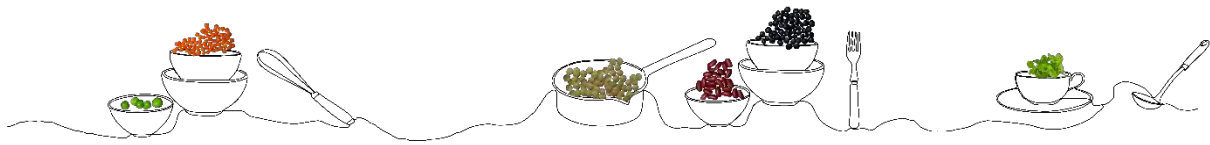
- ▶ Es wird geprüft, welche Relevanz die Umweltpolitik einer **Regionalisierung** der Wertschöpfungsketten von Lebensmitteln beimessen sollte.
- ▶ Es wird ausgearbeitet, wie der Wandel zu stärker **pflanzenbasierten Ernährungsweisen** politisch unterstützt werden kann.
- ▶ Es werden Szenarien und **(Weiter-)Entwicklungskonzepte für die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft** erarbeitet.
- ▶ Als Querschnittsthema wird die **Rolle des Finanzsektors** in der Transformation des Ernährungssystems analysiert.

Die verschiedenen Themenstränge werden abschließend in einer Roadmap für eine Transformation des Ernährungssystems verflochten.

Das vorliegende Papier ordnet sich dem ersten Thema, der Regionalisierung, zu. Im Juni 2021 wurden in einem Diskussionspapier und einem Workshop bereits die Effekte einer Regionalisierung von Wertschöpfungsketten diskutiert². Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse wird in diesem Papier zunächst in **Kapitel 2** argumentiert, dass Umweltpolitik das Thema Regionalisierung aufgreifen sollte und es werden Bedingungen skizziert, die positive Nachhaltigkeitseffekte

¹ Wobei nicht ganz klar ist, worauf sich die 30% beziehen: Fläche, Menge, Marktanteile oder etwas anderes (vgl. Kap. 5)

² Das Input-Papier zu diesem ersten Regionalisierungs-Workshop ist abrufbar unter www.stern-projekt.org/ergebnisse.



begünstigen und negative vermeiden. **Kapitel 3** umreißt anschließend, was allgemein bei der Entwicklung von Regionalisierungsstrategien zu beachten ist, um eine sozial-ökologische Transformation des Ernährungssystems voranzutreiben. Den größten Teil des Papiers nimmt in **Kapitel 4** die Skizzierung von Vorschlägen für politische Maßnahmen zur Unterstützung nachhaltigkeitsförderlicher Regionalisierungsprozesse ein. **Kapitel 5** bietet abschließend einen Ausblick, in welche politischen Prozesse die entwickelten Politikansätze eingespeist werden könnten.

2 Wie viel und welche Form von Regionalisierung ist nachhaltigkeitsförderlich?

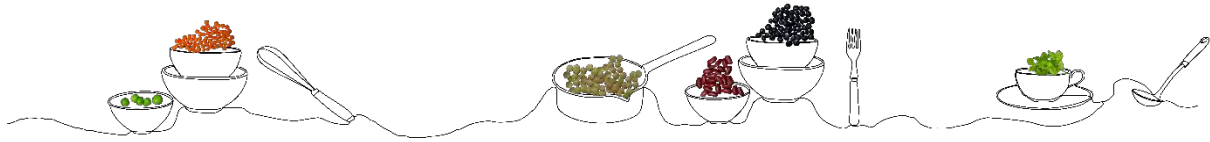
Die **Abschätzung möglicher Effekte einer Regionalisierung** von Wertschöpfungsketten im oben erwähnten Diskussionspapier und Workshop hat **ein recht heterogenes Bild** ergeben:

- ▶ Viele positive Nachhaltigkeits-Effekte sind wahrscheinlich, aber auch einige negative.
- ▶ Positive Effekte überwiegen deutlich in den Bereichen Soziales und Resilienz; in Ökologie und Ökonomie ist die Bilanz durchwachsener. Die Effekte hängen von konkreten Praktiken, Geschäftsmodellen, Wertschöpfungsketten ab und können kaum pauschal beurteilt werden.
- ▶ Eine Hauptargumentation gegen Regionalisierung, von der sich mehrere negative Effekte ableiten, ist die Einbuße von Effizienz entlang der Wertschöpfungskette. Allerdings bedarf es einer kritischen Prüfung des angewendeten Effizienzbegriffs³.
- ▶ Bzgl. einiger Effekte bestehen Zielkonflikte: z.B. können kleinteilige, vielfältige und wenig spezialisierte Bewirtschaftungsmethoden in der Landwirtschaft aus Klimaperspektive nachteilig erscheinen, gehen aber mit positiven Effekten auf Biodiversität und Arbeitsplätze einher; regionale Versorgungsstrukturen stärken im Falle globaler Krisen die Resilienz des Ernährungssystems, im Falle lokaler Ernteauffälle sind es jedoch die überregionalen/globalen Strukturen, die die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln gewährleisten.

Als **Fazit** aus dieser heterogenen Befundlage lässt sich allgemein ableiten, dass der Auf- und Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten **vielfältige positive Effekte** zeitigen kann, aber **erstens nicht als absolutes Ziel zu verstehen ist** und zweitens immer mit Blick auf und in **Abwägung gegen mögliche negative Effekte** zu erfolgen hat. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf einer hohen Ökoeffizienz regionaler Wertschöpfungsketten liegen, um die in globalen Wertschöpfungsketten realisierbaren Skaleneffekte – und die damit einhergehenden Effizienzvorteile – zu relativieren.

Entsprechend sollten **globale und regionale Strukturen** nicht als antagonistisches Entweder-oder diskutiert werden, sondern **als komplementäres Sowohl-als-auch**. Ziel eines Regionalisierungsprozesses sollte folglich nicht eine regional abgeschottete Autarkie sein, sondern ein gradueller Ausbau/Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten, die einen ökologischen und sozialen Mehrwert erzeugen. „**Regionalisierung**“ ist damit **kein Selbstzweck**, sondern stellt – ergänzt durch qualifizierende soziale und ökologische Zusatzbedingungen – vielmehr einen **Weg bzw. Entwicklungspfad zu nachhaltigen Ernährungssystemen** dar. Welches Ausmaß an regi-

³ Wird Effizienz rein ökonomisch betrachtet oder werden auch ökologische Aspekte (Ressourcen-Effizienz) betrachtet? Werden externe soziale und ökologische Effekte einbezogen oder ausgeklammert? Wird Effizienz bzgl. eines Produktes / einer Produktkategorie betrachtet oder bzgl. einer nachhaltigen Ernährung? Etc.



onaler Selbstversorgung möglich und im Hinblick auf Nachhaltigkeitsziele sinnvoll ist und welche Produkte mit vertretbarem Aufwand regional erzeugt werden können, hängt von den spezifischen Gegebenheiten der Region ab und kann nicht allgemeingültig festgeschrieben werden. Bezogen auf Deutschland bestehen allerdings laut einigen Berechnungen **erhebliche Potenziale, den Anteil regional produzierter Lebensmittel zu erhöhen** (vgl. Zasada et al. 2019, Joseph 2019, Bednarek 2014, Moschitz et al. 2015; Wirz et al. 2017; Gider et al. 2021).

Um die Nachhaltigkeitspotenziale kurzer Wertschöpfungsketten zu heben und negative Wirkungen zu vermeiden, sollten also **Bedingungen an die politische Förderung regionaler Ernährungssysteme geknüpft werden, anstatt Regionalität pauschal zu unterstützen**. Die folgenden Optionen zeigen eine Übersicht möglicher Bedingungen, die es je nach Region anzupassen und ggf. zu ergänzen gilt.

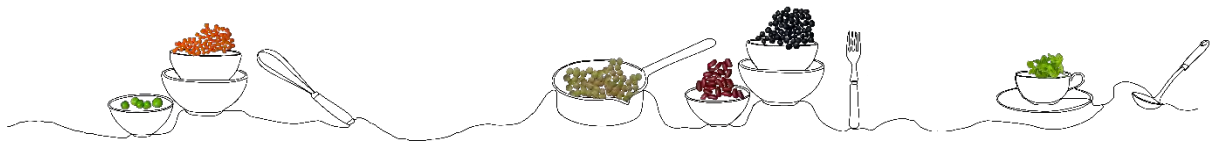
► Die Förderung regionaler Nahrungsmittelproduktion kann an **ökologische und biodiversitätsfördernde Anbaumethoden** (z.B. Bio-Zertifizierung) geknüpft werden. Dadurch wird ein ökologischer Mehrwert garantiert, der einer bedingungsfreien Regionalität nicht notwendigerweise inhärent ist. Zudem bilden ökologische Lebensmittelwirtschaft und Regionalität insofern Synergien, als ökologische Rohwaren aufgrund der Diversität in Anbau- und Verarbeitungsstrukturen oftmals nicht den Homogenitäts-Standards internationaler Lieferketten und industrieller Verarbeitung genügen. Regional angepasste Strukturen der Weiterverarbeitung und Vermarktung erlauben hier eine bessere Anpassung und größere Toleranz und vermeiden dadurch Lebensmittelverluste.

► Auch die Kombination von Regionalität und **Saisonalität** (z.B. im Sinne einer Quote in Kantinen der öffentlichen Hand) scheint sinnvoll, weil dadurch einige negative ökologische Effekte wegfallen, die mit dem Konsum regionaler, aber nicht saisonaler Produkte einhergehen können. So ließe sich zum Beispiel eine energieaufwändige Produktion nicht-saisonaler bzw. klimatisch bedingt meist nicht in hiesigen Breitengraden angebaute Gemüsekulturen und Früchte in beheizten Gewächshäusern oder auch eine langfristige Lagerung von Frischeprodukten in Kühlhäusern vermeiden⁴. Des Weiteren – und vielleicht noch relevanter – birgt eine bevorzugt regional-saisonale Ernährung eine Keimzelle für die Ausbildung einer Kultur der Suffizienz: Nicht immer alle Konsumoptionen zur Verfügung zu haben bzw. in Erwägung zu ziehen, ist für die Ausbildung nachhaltiger Lebensstile eine *conditio sine qua non*.

► Weitere Zusatzbedingungen könnten die Verknüpfung regionaler Produktion mit Maßnahmen zur **Kulturlandschaftspflege** sein oder der **Anbau regionalspezifischer Ackerbaukulturen, Gemüse- und Obstsorten** bzw. die **Haltung alter, vom Aussterben bedrohter Tierrasen**. Welcher dieser Aspekte unter den konkreten regionalen Bedingungen einen ökologischen oder sozialen Mehrwert generiert, die Resilienz stärkt oder anderweitige positive Nachhaltigkeitseffekte zeitigt, lässt sich nicht generisch beurteilen.

Sofern regionalisierte Produktions- und Versorgungsstrukturen mit der Stärkung kleinteiliger, vielfältiger Anbau- und Verarbeitungsstrukturen einhergehen und gezielt eine engere Verbindung von Produktion und Konsum angestrebt wird, kann Regionalisierung nach Auffassung der Autor*innen dieses Textes als Transformationsstrategie auch dann sinnvoll sein, wenn die Bi-

⁴ Wobei die tatsächliche Umweltbelastung durch Beheizung und Kühlung stark von der konkreten (Kühl- oder Wärme-)technik und der Energieproduktion abhängt. Die geothermische Beheizung von Gewächshäusern beispielsweise wäre relativ umweltfreundlich (vgl. Bundesverband Geothermie 2021), während eine Ölheizung sich drastisch auf die Umweltbilanz auswirkt (vgl. Müller-Lindenlauf et al 2013).



lanz ökonomischer, sozialer und ökologischer Effekte zunächst uneindeutig ausfällt. Insbesondere, **wenn durch eine solche Regionalisierung (Macht- und Abhängigkeits-)Strukturen aufgebrochen würden**, die den aktuellen (nicht-nachhaltigen) Status quo des Ernährungssystems zementieren, **liegen hier große Transformationspotentiale**. So ist aus der Transformationsforschung bekannt, dass komplexe adaptive Systeme gelegentlich in sub-optimalen, aber sich gegenseitig bestärkenden Strukturen verhaften (sog. „Lock-ins“), die nur durch disruptive Interventionen (z.B. Schlüssel-Innovationen, Exnovationen⁵) oder eine Verschiebung von Machtbalancen aufgebrochen werden können (vgl. Eichhorn et al. 2019). **Regionalisierung** kann insofern auch eine **Rolle als Game Changer ohne inhärenten Selbstzweck** zugesprochen werden, der *ein* Aspekt einer umfassenderen Transformationsstrategie ist.

Welcher Stellenwert einer Regionalisierungsstrategie im Kontext einer sozial-ökologischen Transformation des Ernährungssystems zukommen sollte und mit welchen weiteren Aspekten der Entwicklung von Wertschöpfungsketten sie kombiniert werden müsste, um möglichst zielführende Veränderungen anzustoßen, wird zum Abschluss des STErn-Projekts im Zuge der Erstellung einer **Roadmap** weiter diskutiert und entwickelt. Detailliert untersucht werden im Projektverlauf insbesondere Optionen einer Weiterentwicklung der ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft sowie einer tierproduktärmeren Ernährungsweise.

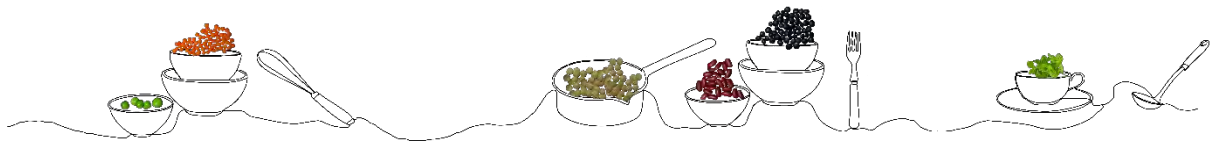
3 Was ist bei der Entwicklung lokalspezifischer Regionalisierungsstrategien zu beachten?

Da die Potentiale der Regionalisierung bzw. der Regionalwirtschaft regionalspezifisch verschieden sind und stark von naturräumlichen Gegebenheiten, Produktions- und Vermarktungsstrukturen sowie Engagement und Praxisformen der jeweiligen lokalen Unternehmen, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Initiativen abhängen, sollte kein bestimmtes, einheitliches Konzept oder Leitbild von Regionalisierung politisch oktroyiert werden, sondern vielmehr **Freiräume für die lokale Entwicklung diverser Konzepte** geschaffen werden. **Die Einbindung regionaler Stakeholder** ist für eine breit getragene Zustimmung elementar.

Grundlage regionaler Ernährungsstrategien sollte eine **Bestandsaufnahme** sein, die Stärken, Schwächen, Möglichkeiten und Herausforderungen aktueller und potenzieller regionaler Wertschöpfungsketten aufzeigt. Häufig fehlen lediglich einzelne Verarbeitungsstufen oder Prozessschritte („Missing Links“), um regionale Wertschöpfungsketten aufzubauen. Nur auf Basis einer hinlänglichen Analyse des Status quo lassen sich Ziele und Zeitpläne einer regionalen Ernährungsstrategie entwickeln.

Politische Unterstützung beim Auf- und Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten sollte an **klare Bedingungen für die Erbringung eines zusätzlichen gesellschaftlichen Mehrwerts** dieser Strukturen geknüpft werden. Dieser Mehrwert kann sowohl im ökologischen Bereich liegen (z.B. Erhalt biologischer Vielfalt und Bodenfruchtbarkeit, Vermeidung von Emissionen) als auch im kulturellen (z.B. Pflege von Ernährungskulturen – insbesondere wenn diese nicht fleischlastig sind – oder Kulturlandschaft), im sozialen (z.B. Ernährungsbildung, enge Erzeuger-

⁵ Schlüsselinnovationen (oder Basisinnovationen) bezeichnen Neuentwicklungen, die Kaskaden weiterer Entwicklungen induzieren und damit den Wandel ganzer Branchen anstoßen können (vgl. Kahlenborn et al. 2013). Exnovationen bezeichnen Prozesse des Abschaffens oder Ausschleusens bestimmter Praktiken, Prozesse oder Produkte (vgl. Heyen 2016).



Verbraucher-Beziehung bis hin zu Prosumtion, Gemeinschaftsbildung, Integration) oder im ökonomischen Bereich (z.B. Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen, touristische Attraktion)⁶.

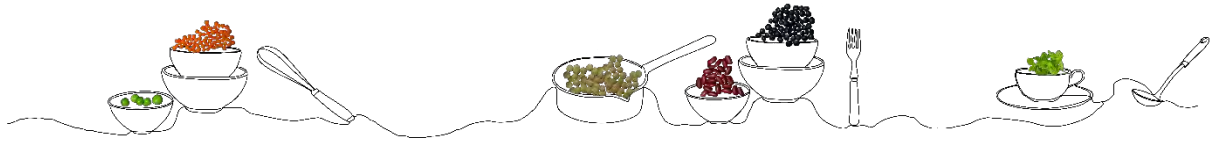
Von zentraler Bedeutung ist die **Entwicklung eines Narrativs**, das viele verschiedene (politische) Milieus anspricht, breite Akzeptanz bilden kann und wenig Konfliktpotential birgt. Folgende Eckpunkte können hierfür hilfreich sein:

- ▶ Regionalisierung sollte **nicht rückwärtsgewandt** konzipiert und formuliert werden („Re-Regionalisierung“, „Wiedereinbettung“ etc.), **sondern zukunftsgerichtet** (schlicht: Regionalisierung). Dies ist nicht nur kommunikations-strategisch sinnvoll, um progressive gesellschaftliche Kräfte nicht abzustößen, sondern entspricht auch der Empirie: Viele Praxisformen aktueller Regionalisierungsbestrebungen (z.B. Solidarische Landwirtschaft, Regionalwert AGs, Marktschwärmerieien etc.) sind keine Reaktivierung althergebrachter Strukturen, sondern Innovationen bzw. Neukombinationen aus neuen Ideen und altem Wissen. Eine Verortung auf dem gesellschaftstheoretisch ohnehin unhaltbaren bipolaren Kontinuum zwischen Rückschrittlichkeit und Fortschrittlichkeit sollte der Regionalisierungsdiskurs tunlichst vermeiden.
- ▶ Ebenfalls vermieden werden sollten pauschal anti-globalistische Positionen. Nur als komplementäre Struktur zu (fair ausgestalteten) globalen Wertschöpfungsketten können regionale Ernährungssysteme ihr volles Nachhaltigkeits- und Resilienzpotenzial entfalten. Ein **positiv heimatzugehöriges Framing** (das ohne Abwertung des „Fremden“ auskommt) kann Anschlussfähigkeit in konservative Milieus erzeugen, ohne Weltoffenheit zu negieren. Auch gemäßigt kommunitaristische⁷ Narrative, die die Verantwortung für das nahräumliche soziale und ökologische Umfeld betonen, können Anknüpfungspunkte für konservative Milieus erzeugen.
- ▶ Bei allen Bemühungen um eine Inklusion verschiedener politischer Strömungen, bedarf es einer klaren **Abgrenzung gegen rechte Blut-und-Boden-Narrative**, die bisweilen mit einer Regionalisierung verknüpft werden.

Werden diese Aspekte – eine breite Beteiligung, eine ehrliche Bestandaufnahme, die Definition von Rahmenbedingungen für einen gesellschaftlichen Mehrwert und die Schaffung eines attraktiven Narrativs – bei der Entwicklung regionaler Ernährungsstrategien beachtet, so steht damit ein Orientierungsrahmen zur Verfügung, der die Hebung von Nachhaltigkeitspotenzialen wahrscheinlich macht und negative Effekte vermeiden sollte.

⁶ Selbstverständlich können sowohl innerhalb, vielmehr aber noch zwischen den verschiedenen Nachhaltigkeitsdimensionen Zielkonflikte entstehen. Beispiel: Einzelne Formen des Ackerbaus können Vorteile für die Biodiversität bergen, sich aber negativ auf Treibhausgasemissionen auswirken; ökonomische Gewinne können ökologische und soziale Verluste bewirken. Als grobe Leitlinie empfehlen die Autor*innen dieses Textes bei der Abwägung von Zielkonflikten eine Orientierung am Prinzip starker Nachhaltigkeit: Die Bewahrung ökologischer Grundlagen ist prioritär; soziale Systeme müssen sich in ökologische einbetten; ökonomische Ziele dürfen ökologische und soziale Grundlagen nicht erodieren (vgl. Ott/Döring 2004, Paech 2006).

⁷ Kommunitarismus ist eine politische Philosophie, die die Verantwortung des Individuums gegenüber seiner direkten sozialen und naturräumlichen Umgebung betont. In einer extremen libertären Ausprägung können kommunitaristische Argumentationen sich auch gegen staatliche Strukturen, Sozialpolitik und Markteingriffe richten. Dies ist an dieser Stelle mit dem Begriff Kommunitarismus nicht gemeint.



4 Welche politischen Unterstützungsmöglichkeiten für eine nachhaltigkeitsförderliche Regionalisierung von Ernährungssystemen bieten sich?

Dieser Abschnitt skizziert und priorisiert mögliche Politikmaßnahmen, die eine Regionalisierung im oben skizzierten Sinne vorantreiben können. Die Vorschläge adressieren verschiedene politische Ebenen (Bundes-, Landes-, kommunale Ebene) und Ressorts deutscher und teilweise europäischer Politik. Einige der Maßnahmen können auf mehreren Ebenen und von verschiedenen Akteuren umgesetzt werden. Im Sinne der Lesbarkeit wurden die Vorschläge daher thematisch geordnet und nicht den verschiedenen Ebenen zugeordnet. Eine Hierarchisierung der vorgeschlagenen Ansatzpunkte durch deren Reihenfolge ist nicht impliziert.

GAP: Streichung von Flächenprämien, Stärkung regionaler Entwicklung

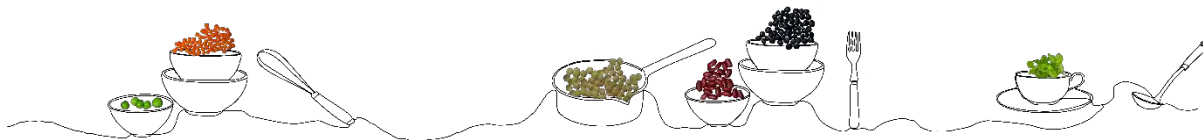
Das zentrale europäische Steuerungsinstrument des Agrarsektors ist die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP). Die Förderleitlinien werden alle sieben Jahre reformiert, zuletzt 2021⁸. Die bisherigen wie auch die zukünftige GAP sieht vor, einen Großteil der Förderung pauschal pro Hektar auszuschütten – auch wenn ein stufenweiser Rückbau der pauschalen Flächenprämien vorgesehen ist (vgl. BReg 2021). Dadurch profitieren weiterhin „flächenstarke Betriebe, die aufgrund von Skaleneffekten oftmals kostengünstiger produzieren können als flächenärmere“, deutlich stärker als kleine Betriebe (ZKL 2021: 107)⁹. Kleine Betriebe mit relativ geringen Produktionskapazitäten aber vielfältigen Produkten sind jedoch das Rückgrat regionaler Wertschöpfungsketten, da sich für relativ kleine Mengen mit hoher Wertschöpfungstiefe (z.B. durch hofeigene oder kooperative, ortsnahe Weiterverarbeitung) eine regionale Vermarktung eher lohnt als für große, spezialisierte Betriebe mit hohen Produktionsvolumina.

Nicht nur aus allgemeiner Umweltperspektive (vgl. ZKL 2021, Feindt et al. 2021), sondern auch mit Blick auf regionale Wertschöpfungsstrukturen sind pauschale Flächenprämien daher kontraproduktiv. Stattdessen könnten regional wirtschaftende Kleinbetriebe von einer zunehmenden Knüpfung der EU-Prämien an ökologische und soziale Leistungen, wie sie unter anderem von der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) gefordert wurde, profitieren. Für eine mögliche Übergangsfrist, in der die pauschalen Flächenprämien (Teil der sog. ersten Säule der GAP) sukzessive abgeschafft würden, könnten diese Prämien stärker als bisher nach Betriebsgröße gestaffelt werden, um die bestehende Benachteiligung kleiner Betriebe zu reduzieren. Die für die kommende GAP-Förderperiode vorgesehene Erhöhung der Umverteilungsprämie zugunsten kleiner und mittlerer Betriebe (bis 60 Hektar) ist ein ausbaufähiger Ansatz (vgl. BReg 2021). Ohne zusätzliche Umweltkonditionen ist eine Förderung von Kleinbetrieben jedoch relativ richtungsblind in Bezug auf Nachhaltigkeit.

Bereits in der aktuellen GAP wird in der sog. zweiten Säule die Entwicklung des ländlichen Raums gefördert, u.a. mit den Zielen der „Gewährleistung der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und des Klimaschutzes“ sowie der „ausgewogenen räumlichen Entwicklung der ländlichen Wirtschaft und der ländlichen Gemeinschaften, einschließlich der Schaffung

⁸ Die aktuelle Förderperiode hätte bereits 2021 beginnen sollen. Verzögerungen im Verfahren haben allerdings eine Übergangsphase von zwei Jahren (2021-2022) erfordert. Die neuen GAP-Regelungen sollen somit zum 1.1.2023 in Kraft treten. Die neuen GAP-Leitlinien sehen vor, dass die Mitgliedsstaaten die GAP-Leitlinien in nationale Strategiepläne übersetzen. Somit wird eine stärkere nationale Ausgestaltung als bislang möglich.

⁹ In der aktuellen GAP können Mitgliedsstaaten bereits höhere Prämien auf die ersten Hektare zahlen und damit kleine Betriebe relativ betrachtet bevorzugen. An der Gesamtsituation ändert dies aber nur wenig.



und des Erhalts von Arbeitsplätzen“ (Europäische Kommission o.J.). Die bisher angebotenen Förderprogramme der Bundesländer zielen allerdings im Bereich der Lebensmittel-Wertschöpfungskette eher auf die Unterstützung bereits bestehender als auf die Schaffung neuer Strukturen ab und sind bisher (zu) wenig wirkungsorientiert, vor allem aber für kleine und mittlere Unternehmen zu kompliziert ausgestaltet. Der Ausbau der zweiten Säule bzw. eine stärkere Umschichtung von der ersten in die zweite Säule könnte einer Regionalisierung von Wertschöpfungsketten Vorschub leisten, dies hängt jedoch stark von der Umsetzung des nationalen Strategieplans ab.

Aufbau und Verstetigung von Vernetzungsstellen für die Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten

Um regionale Wertschöpfungsketten mit vielen relativ kleinteiligen Produktions- und Verarbeitungsstrukturen aufzubauen, regionale Vermarktungswege zu erschließen und Kooperationen aufzubauen, bedarf es erheblichen Aufwands für Kommunikation und Netzwerkbildung. Diese Aufgabe können viele kleinere Anbaubetriebe und Unternehmen nicht zusätzlich zu ihrer täglichen Arbeit leisten. In den letzten Jahren haben sich in Deutschland allerdings einige Vernetzungsinitiativen entwickelt, die diese Aufgabe teilweise übernehmen bzw. die Vernetzungsarbeit verstetigen und Impulse zur Weiterentwicklung regionaler Wertschöpfungsketten setzen können.

Besonders herauszuheben ist die Bewegung der **Ernährungsräte**, die als zivilgesellschaftliche Initiativen Knotenpunkte für die Vernetzung von Landwirt*innen, Verarbeitungsgewerbe, Außer-Haus-Versorgung, Verbraucher*innen und Lokalpolitik bilden, um regionale Wertschöpfungsketten aufzubauen, Kooperationen zu initiieren und sog. Ernährungssouveränität zu stärken. Ernährungsräte leben in der Regel von ehrenamtlichem Engagement und sind meist mit sehr geringen Finanzmitteln ausgestattet. Aktuell (April 2022) sind auf der deutschsprachigen Vernetzungsseite¹⁰ 25 aktive Ernährungsräte in Deutschland geführt, 31 sind in Gründung. Ernährungsräte verstehen sich in der Regel als Teil einer weltweiten sozial-ökologisch motivierten Bewegung für „Ernährungssouveränität“, in der soziale und ökologische Belange expliziter Teil der Regionalisierungsbestrebungen sind.

Von einigen Landesregierungen wurden regionale **Vernetzungsstellen für den Aufbau regionaler Bio-Wertschöpfungsketten** geschaffen. In Baden-Württemberg werden diese als Bio-Musterregionen bezeichnet¹¹, in Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen als Öko-Modellregionen¹², in Sachsen als Bio-Regio-Modellregionen¹³. Die Vernetzungsstellen bestehen in der Regel aus einer zeitlich befristeten Koordinierungsstelle, bzw. einer Wertschöpfungskettenmanagerin und verfügen zusätzlich über ein (geringes) Sachmittelbudget.

Außerdem besteht ein bundesweites Netzwerk an sogenannten „**Bio-Städten**“¹⁴, ein vom Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN) geförderter Zusammenschluss von Städten, Gemeinden und Landkreisen, die per Ratsbeschluss

¹⁰ Siehe <https://ernaehrungsraete.org/>.

¹¹ Siehe <https://www.biomusterregionen-bw.de/Startseite>.

¹² Siehe <https://www.oekomodellregionen.bayern/>, <https://www.oekomodellregionen-hessen.de/>, https://www.ml.niedersachsen.de/startseite/themen/landwirtschaft/okologischer_landbau/okomodellregionen-in-niedersachsen-183372.html, <https://www.land.nrw/pressemitteilung/erste-oeko-modellregionen-nordrhein-westfalen-bergisches-rheinland-kulturland-kreis>.

¹³ <https://www.landwirtschaft.sachsen.de/bio-regio-modellregionen-47672.html>.

¹⁴ Siehe <https://www.biostaedte.de/>.



die Ziele des Netzwerks unterstützen – insbesondere die Förderung und den Aufbau bio-regionaler Wertschöpfungsketten. Dem Netzwerk gehören aktuell (Stand Januar 2022) zwanzig Partnerkommunen an.

In der Regionalitätsstrategie NRW wird der Aufbau **regionaler Wertschöpfungszentren** vorgeschlagen, also realer physischer Orte, die dem Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten dienen (Landesverband Regionalbewegung NRW 2022). Zunächst könnten solche Wertschöpfungszentren die Büros der Wertschöpfungskettenmanager beherbergen und Räumlichkeiten für Austausch, Beratung und Vernetzung bieten (z.B. für Ernährungsräte). Aber auch die Ansiedlung von Verarbeitungsbetrieben, Lagern und Vermarktungsflächen ist denkbar oder die Etablierung eines Warenumschnagplatzes, der die regionale Logistik effizienter macht. In eine ähnliche Richtung geht das Konzept eines Netzwerks von „**Lebensmittelpunkten**“, das im Kontext der Ernährungsräte entwickelt wird¹⁵. Auch hier geht es um den Aufbau und die Vernetzung von realen Orten, an denen regionale Wertschöpfung und Ernährung praktiziert und erlebbar gemacht werden.

Auch Instrumente der Wirtschaftsförderung, wie etwas das „Cluster Ernährungswirtschaft“ in Brandenburg können Beiträge für den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten leisten¹⁶.

Für die Etablierung langfristig tragfähiger Strukturen bedürfen diese Initiativen, insbesondere die Ernährungsräte und Bio-Muster-/Bio-Regio-/Öko-Modellregionen, nicht nur kurzfristiger Projektförderungen, sondern auch und vor allem dauerhafter Stellen, Räumlichkeiten und Finanzierungsquellen. Die entsprechenden Mittel könnten sowohl aus kommunalen und Landeshaushalten stammen, als auch durch ein Bundesprogramm bezuschusst werden. Zunächst müsste allerdings geprüft werden, ob die bestehenden Förderlinien, -ziele und -zwecke die Einrichtung dauerhafter Stellen zulassen. In jedem Falle könnten bestehende Programme der Muster-/Modellregionen vergrößert und in weiteren Bundesländern aufgesetzt werden. Gegebenenfalls könnten die Aufgaben der Wertschöpfungskettenmanager zudem ausgeweitet und gezielt Stellen zur Beratung von Betrieben geschaffen werden, die ihr Geschäftsmodell (stärker) auf die Regionalvermarktung orientieren wollen. Auch eine Integration von Beratungsmodulen zur Umstellung auf die Wirtschaftsform der Solidarischen Landwirtschaft wäre ggf. möglich, da hierzu eine hohe Nachfrage besteht¹⁷.

In den benannten Beispielen ist der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten bereits explizit mit ökologischen und/oder sozialen Kriterien verknüpft. Die finanzielle Unterstützung entsprechender Strukturen sollte weiterhin explizit an solche Zusatzbedingungen geknüpft werden (vgl. Kap. 2)

¹⁵ Siehe <https://ernaehrungsrat-berlin.de/lebensmittelpunkte/> und <https://ernaehrungsrat-freiburg.de/lebensmittelpunkte/>.

¹⁶ Siehe <https://ernaehrungswirtschaft-brandenburg.de/de>.

¹⁷ Dies zumindest ist ein Zwischenergebnis des vom BMBF geförderten Forschungsprojekts nascent (<https://www.nascent-transformativ.de/>). Für die Integration von Beratungsmodulen zur Solidarischen Landwirtschaft bietet sich die Zusammenarbeit mit dem bundesweiten Netzwerk Solidarische Landwirtschaft (<https://www.solidarische-landwirtschaft.org/>) an, das entsprechende Materialien erstellt hat und selbst Beratung vermittelt.



Regionale Status-quo-Analysen und Maßnahmenpläne im Rahmen von Ernährungsstrategien

Bevor gezielte politische Maßnahmen für eine Förderung regionaler Wertschöpfung erfolgen, sollten zunächst der Status quo, Potentiale und konkrete Fehlstellen für eine stärkere Regionalversorgung evaluiert werden. Dies kann zum Beispiel im Rahmen der Entwicklung regionaler Ernährungsstrategien erfolgen. Neun konkrete Schritte für die regionale Entwicklung von Ernährungsstrategien erläutert die im Rahmen des UBA Projektes „Rural Urban Nexus“ entwickelte Übersicht „Regionale Ernährungssysteme und nachhaltige Landnutzung im Stadt-Land-Nexus“ (Wunder 2019). Wichtig bei der Erarbeitung einer Ernährungsstrategie sind die Praxiserfahrungen regionaler Akteure, die sich bereits (teilweise seit vielen Jahren) um den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten bemühen, z.B. Kantinenbetreiber die eine regionale Belieferung anstreben, Ernährungsräte oder die Geschäftsstellen von Bio-Musterregionen bzw. Ökomodellregionen. Häufig fehlen nur wenige kritische Kettenglieder (Missing Links), um regionale Wertschöpfungsketten aufzubauen: beispielsweise Betriebe für Jungpflanzenanzucht, die Vorverarbeitung für Großküchen (z.B. um Karotten oder Kartoffeln gewaschen und geschält zu liefern), Vermarktungskooperativen, die zuverlässig größere Mengen liefern können, oder regionale Verarbeitungs- und Veredelungsbetriebe wie Mühlen, Molkereien, Käsereien, Schlachtereien, Metzgereien etc. (vgl. Gider et al. 2021, Quack und Teufel 2020).

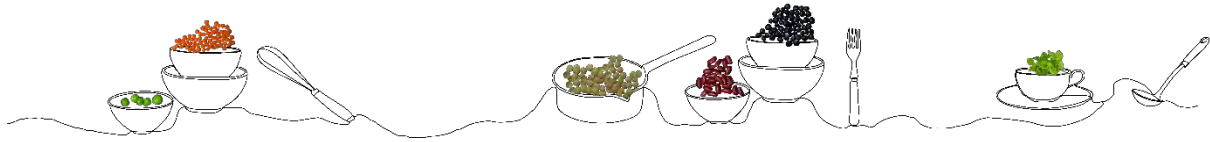
Mehrere Bundesländer und einige Städte haben bereits Ernährungsstrategien entwickelt oder befinden sich aktuell im Entwicklungsprozess. Zentral für die Wirksamkeit dieser Strategien ist, dass sie mit konkreten Maßnahmen, Budgets, Zeithorizonten und Monitoringansätzen verbunden sind. Wunder et al. (2019) empfehlen eine Anlaufstelle auf Bundesebene, welche die Entwicklung regionaler Ernährungsstrategien beratend begleitet und für einen Wissenstransfer sorgt.

Aufbau dezentraler Verarbeitungsstrukturen

Basierend auf einer Status-quo-Analyse können gezielt Missing Links in regionalen Wertschöpfungsketten geschlossen werden. Insbesondere regionale Verarbeitungsbetriebe (Mühlen, Molkereien, Metzgereien etc.) können durch Förderprogramme und Gründungszuschüsse unterstützt werden. Die dafür grundsätzlich bereits vorhandenen (über das ELER-Programm der zweiten Säule der GAP bezuschussten) Förderangebote in den Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgaben „Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) und „Verbesserung regionaler Wirtschaftsstrukturen“ (GRW) müssten dafür nur geringfügig angepasst und z. T. finanziell besser ausgestattet werden. In vielen Sparten könnte auch eine gezielte Ausbildungsförderung einem bestehenden und sich weiter zuspitzenden Fachkräftemangel entgegenwirken (z.B. im Lebensmittel-Handwerk oder in der Koch-Ausbildung).

Entlastung von bürokratischer Regulierung für Kleinbetriebe/KMU

Viele Regulierungen in der Lebensmittelproduktion und -verarbeitung (Hygiene, Berichtspflichten etc.) sind auf industrielle Betriebsstrukturen ausgerichtet und dort auch sinnvoll. Kleine handwerklich arbeitende Betriebe werden durch ein Übermaß an Regulierungen und Berichtspflichten jedoch überfordert (vgl. Fink-Keßler und Thomas 2019). Abhilfe schaffen könnten vom Bund finanzierte Studien zur Erhebung von Verbesserungspotenzialen, z.B. nach dem Vorbild der Studie von Bex et al. (2020) zu Bürokratieabbau im Gastgewerbe im Auftrag des Deutschen Industrie- und Handelskammertags oder dem Empfehlungsbericht des Normenkontrollrats Baden-Württemberg (2021) zu Entlastungen für das Bäckerhandwerk. Bei diesen Projekten wurde



nicht etwa die Aufweichung oder Absenkung von Schutzziele angestrebt, sondern Wege für eine intelligentere und weniger zeit- bzw. arbeitsaufwändige Umsetzung in KMU aufgezeigt. Auch Runde Tische zwischen Behörden und Praxisakteuren können bei der Entwicklung von Verbesserungsvorschlägen hilfreich sein.

Ökologisch qualifizierte Regionalquote in Kantinen der öffentlichen Hand

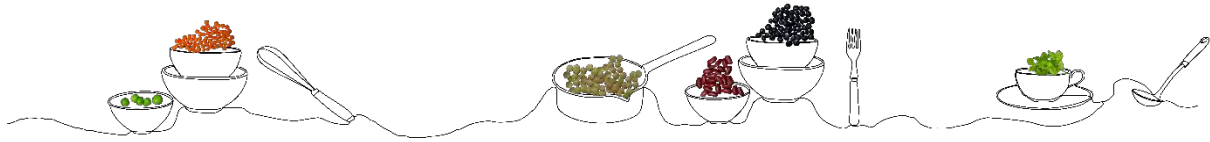
Damit Investitionen in den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten von ökonomisch agierenden Akteuren getätigt werden, bedarf es einer gewissen Sicherheit, dass der Absatz regional erzeugter Lebensmittel gewährleistet ist. Eine zentrale Rolle könnten Kantinen der öffentlichen Hand spielen (Behörden, Schulen, Kitas, Justizvollzugsanstalten, Krankenhäuser, Seniorenheime etc.), da sie relativ stabile und hohe Abnahmemengen aufweisen¹⁸. Durch eine vorgeschriebene Regionalquote, wie etwa in Bayern¹⁹ lohnt es sich für lokale Wirtschaftsakteure, in den Aufbau regionaler Wertschöpfung, resp. die Schließung von Lücken in den Wertschöpfungsketten, zu investieren und tragfähige logistische Strukturen aufzubauen. Dafür ist zunächst eine erhöhte Zahlungsbereitschaft notwendig, damit die Investitionen refinanziert werden können. Sind regionale Wertschöpfungsketten erst etabliert und Investitionen abgeschrieben, können die Preise auch wieder sinken. Auch lassen sich erprobte Strukturen leichter skalieren oder replizieren, wodurch eine tendenziell steigende Nachfrage im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung befriedigt werden kann. In jedem Fall ermöglicht die gesicherte Nachfrage der öffentlichen Hand den mittel- und langfristigen Ausbau eines regionalen Angebots.

Zudem können Synergien mit anderen gesellschaftlichen Zielen erzielt und dort auch Kostensparnisse erreicht werden (Gesundheitsprävention durch qualitativ bessere Gemeinschaftsverpflegung, Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung, Bildung etc.). Ob und wie die zunächst anfallenden staatlich zu tragenden Mehrkosten²⁰ einen zusätzlichen gesellschaftlichen Mehrwert erzielen, ist fallabhängig und bislang kaum erforscht. Die Argumentation solcher Mehrwerte wird umso plausibler, je stärker die Regionalquote mit weiteren Qualitätskriterien verknüpft wird. Insbesondere eine Kombination aus Regionalität, Saisonalität, ökologischer Produktion und überdurchschnittlichen Tierwohlstandards birgt eine Reihe positiver Potenziale. Je nach Region können aber auch weitere Kriterien sinnvoll sein (z.B. Pflege von Kulturlandschaft, Erhaltung alter Sorten und Tierrassen).

¹⁸ Gider et al. (2021) schätzen die Bio-Lebensmittel-Nachfrage von Kantinen in öffentlicher Hand in der Gesamtschau dennoch so gering ein, dass diese nur in Teilbereichen und nur begrenzt strukturierende Effekte auf den regionalen Lebensmittelmarkt hätten – zumindest in Baden-Württemberg. Selbst wenn die staatlichen Kantinen bis 2030 auf 100% Bio umstellen und alle Waren regional beziehen, würden sie damit (je nach Warengruppe) lediglich max. 10% der Bio-Erzeugung in Baden-Württemberg abdecken. Dennoch kann die öffentliche Beschaffung den Autor*innen zufolge wichtige Impulse beim Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten setzen, wenn gezielt die Schließung von Missing Links betrieben wird und damit der Gesamtmarkt der AHV erschlossen wird.

¹⁹ Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten informiert (unter https://www.stmelf.bayern.de/ernaehrung/gem_verpflegung/255966/): „Am 13. Januar 2020 hat der Ministerrat beschlossen, dass die staatlichen Kantinen in Bayern im Sinne ihrer Vorbildfunktion ihr Angebot anpassen: Bis zum Jahr 2025 sollen alle staatlichen Kantinen einen Warenanteil von mindestens 50 Prozent aus regionaler oder ökologischer Erzeugung anbieten. Das gilt von den Ministerien und der Staatskanzlei bis zu den nachgeordneten Behörden.“

²⁰ Wie das Beispiel einer nahezu hundertprozentigen Bio-Quote in den staatlichen Kantinen von Kopenhagen zeigt, können Mehrkosten durch eine Umstellung von Speiseplänen (weniger Fleisch), Zubereitung (mehr Frischküche) und Abfallmanagement (weniger Lebensmittelreste) abgedeckt werden (vgl. Roehl 2020).



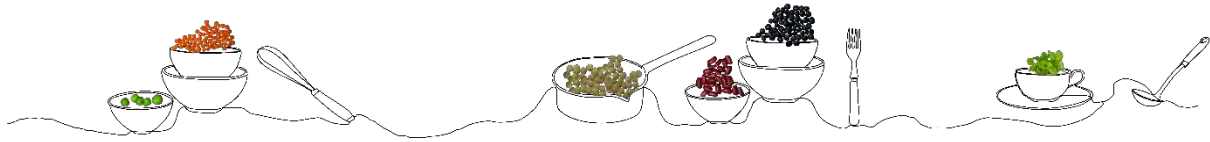
Bezüglich des Kriteriums der Regionalität muss in öffentlichen Ausschreibungen allerdings das europäische **Wettbewerbsrecht** beachtet werden: eine Bevorzugung lokaler Akteure läuft Gefahr gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz zu verstoßen und nicht-regionale Anbieter unzulässig zu diskriminieren. Eine solche Diskriminierung ist nur zulässig, wenn das Kriterium Regionalität eine höhere Produktqualität oder eindeutige soziale oder umweltbezogene Vorteile garantiert (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags 2021), also „sachlich begründet“ ist (Netzwerk deutscher Biostädte 2017). Diese Hürde kann allerdings teilweise umgangen werden, indem qualitative Zusatzkriterien in Leistungsbeschreibungen integriert werden, die nur regionale Waren leisten können bzw. die es wahrscheinlicher machen, dass Lieferanten und Caterer die Kantinen mit regional produzierten Lebensmitteln beliefern. So ist beispielsweise die Ausschreibung saisonaler²¹ Lebensmittel möglich, die explizit nicht in (beheizten) Gewächshäusern gezogen wurden (ebd.). In Bildungseinrichtungen wiederum kann das Ziel geltend gemacht werden, aus Gründen der Ernährungsbildung Exkursionen in die Zuliefererbetriebe anbieten zu können, was eine gewisse geographische Nähe der Betriebe zu den Kantinen erfordert²². Ähnlich wirkt das Kriterium der Frische und raschen Nachlieferbarkeit (z.B. innerhalb weniger Stunden) von Lebensmitteln, um unvorhersehbaren Nachfragespitzen bedienen zu können (vgl. Netzwerk deutscher Biostädte 2017). Indirekter wirkt die Option, die Größe der „Lose“ (gleichbedeutend mit der Anzahl der zu liefernden Mahlzeiten) gering zu halten, wodurch kleine, regionale Lieferanten mit geringeren Lieferkapazitäten bessere Chancen haben, konkurrenzfähige Angebote abzugeben (vgl. Wunder et al. 2019), bzw. die für überregionale Groß-Anbieter unattraktiv sind. Wunder und Kolleg*innen weisen allerdings darauf hin, dass „Weiterbildungen von Beschaffungspersonal nötig [sind], (...) damit solche Spielräume von Beschaffern aktiv genutzt werden“ (ebd.: 56). Rechtlich gut abgesicherte und praktisch erprobte Muster-Ausschreibungen oder Ansätze für Sammelbeschaffungsprojekte mehrerer kleiner Akteure können hier ebenfalls hilfreich sein²³.

Eine grundsätzliche Beseitigung dieser Hürden in der öffentlichen Beschaffung wäre durch eine **Anpassung des EU-Wettbewerbsrechts** und folgend des nationalen Vergaberechts denkbar, indem Regionalität von Lebensmitteln als Kriterium zugelassen würde. Dies erforderte allerdings eine hohe definitorische Präzision bei der Bestimmung, was als regional gelten sollte. Die Autor*innen dieses Papiers halten jedoch eine Definition von Regionalität, die sich an Verwaltungseinheiten (z.B. Landkreisen, Bundesländern), Transportkilometern, der Entfernung zum Kaufort oder der Anzahl der Wertschöpfungsstufen orientieren, allesamt für suboptimal bzw. begrenzt aussagekräftig, da es zu stark von einzelnen Produkten, Standorten und Jahreszeiten (Saison) abhängt, welches Kriterium relevant für die Nachhaltigkeitsperformance eines Lebensmittels ist. Bei Lebensmitteln mit mehreren Zutaten verschärft sich diese Problematik noch. Zielführender könnte die **Aufhebung der Ausschreibungspflicht** für die Produktgruppe Lebensmittel sein. Wenn stattdessen eine Vergabe von Aufträgen nach selbstgewählten Kriterien der

²¹ Allerdings empfiehlt das Netzwerk deutscher Biostädte (2017) das Kriterium der Saisonalität möglichst genau zu definieren, z.B. indem ein regionaler Saisonkalender der Leistungsbeschreibung beigelegt wird.

²² Dieses Kriterium hat das Freiburger Amt für Schule und Bildung in Ausschreibungstexte integriert. Nachzuhören in einem Podcast von detektor.fm unter <https://detektor.fm/gesellschaft/knowledge-for-future-ernaehrungswende-regional-gedacht-44>. Eine schriftliche Quelle konnte nicht gefunden werden.

²³ Erkenntnisse für Sammelbeschaffungsprojekte können auch aus gänzlich anderen Bereichen bezogen werden, etwa aus der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen, siehe <https://www.abz-bayern.de/abz/inhalte/Info-Recht/Rechtliche-Grundlagen-des-Vergaberechts/recht-in-bund-und-laendern/schleswig-holstein/pilotprojekt-fuer-die-beschaffung-von-feuerwehrfahrzeugen-gestartet.html>.



öffentlichen Hand möglich wäre, könnte auch Regionalität eine Rolle spielen – bestenfalls mit einigen der oben skizzierten Zusatzbedingungen.

Leitfäden für regionale Beschaffung von Lebensmitteln für (Betriebs-)Kantinen

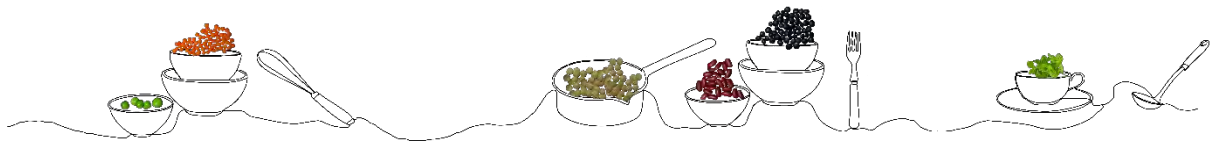
Größere Spielräume in der Beschaffung haben privatwirtschaftliche Kantinen, insbesondere Betriebskantinen, aber auch Schul-, Bildungs- und Gastehäuser in kirchlicher Trägerschaft. Sie müssen sich nicht an Ausschreibungsregeln halten, sondern können ihre eigenen Kriterien entwickeln und Partnerschaften mit Abnahmegarantien eingehen. Außerdem stehen sie nicht wie die Gastronomie unter starkem Wettbewerbsdruck, sondern sind häufig ohnehin betriebsintern bezuschusst. Politische Unterstützung kann durch die Entwicklung bzw. die Beauftragung der Entwicklung allgemeiner, aber auch regionalspezifischer Leitfäden für die regionale Lebensmittelbeschaffung erfolgen. Ein gutes Beispiel sind die „Bayerische Leitlinien Betriebsgastronomie“ (StMELF 2021), in denen das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Regionalität als wesentliches Kriterium ausweist und Hinweise für eine regionale Beschaffung gibt. Da viele konkrete Fragen, Chancen und Hemmnisse bei der Beschaffung regionaler Lebensmittel aber sehr spezifisch von der jeweiligen Region abhängen, sind Leitlinien auf Landesebene in ihrer Wirkung begrenzt, wenn sie nicht durch aktive „Multiplikationsinstrumente“ (wie z. B. regionale Vernetzungsstellen) unterstützt werden.

Forschung und Entwicklung an der Optimierung regionaler Lieferketten ausrichten

Der Strukturwandel in der Land- und Lebensmittelwirtschaft der letzten Jahrzehnte hin zu größeren, spezialisierteren Agrarbetrieben und industriellen Verarbeitungsstrukturen wurde nicht nur politisch gewollt, sondern auch technologisch getrieben. Immer größere und komplexere Maschinen, die nur mit hohen Investitionsvolumina und entsprechenden betrieblichen Umsätzen ihre Effizienzvorteile einspielen konnten; Entwicklungen von Saatgut und Pflanzenschutz, die primär auf großflächige Bewirtschaftungsformen in Monokulturen ausgerichtet waren; effiziente Logistiklösungen, die auf Masse und hohe Umschlagfrequenzen setzten. Eine komplementäre Regionalisierung, die neben den globalen auch regionale Wertschöpfungsketten wettbewerbsfähig und möglichst öko-effizient machen soll, benötigt nicht nur ein ernährungspolitisches Umdenken, sondern auch einen veränderten Fokus auf Innovationen und Technologien: eher kleine, smarte Geräte und Maschinen für kleinteilige, vielfältige Anbaumethoden; die Beforschung innovativer Bewirtschaftungsformen, die (von Agroforst bis Permakultur) ein tiefgehendes Verständnis ökologischer Synergieeffekte voraussetzen; ein stärkerer Fokus auf low-tech; soziale Innovationen und „Renovationen“²⁴ in Ergänzung zu technologischen Innovationen, um kontextspezifische Lösungen zu finden; Methoden und Technologien für effizienten und sicheren Wissenstransfer, durch die beispielsweise auch von Vorerfahrungen kleinbäuerlicher Bewirtschaftungsformen und darauf aufbauender Vermarktungskonzepte im Globalen Süden gelernt werden kann.

Förderprogramme zu Forschung und Entwicklung im Agrarbereich sind bislang jedoch auf eine Perpetuierung des Status quo ausgerichtet, was sich beispielsweise in dem dramatisch geringen

²⁴ Viele soziale (und auch einige technologische) Innovationen sind nicht wirklich neu, sondern basieren auf alten, vorübergehend in Vergessenheit geratenen oder andernorts breit etablierten Praktiken, bzw. kombinieren verschiedene bereits vorhandene Praxiselemente in neuen Arrangements (z.B. Solidarische Landwirtschaft, Permakultur, Gemeinschaftsgärten). Der Begriff „Renovation“ ist daher treffender, bricht allerdings mit dem klassischen Fortschrittsnarrativ, demzufolge Verbesserungen nur durch Neues entstehen können.



Forschungsetat für den ökologischen Landbau ausdrückt²⁵. Politische Unterstützung für kurze, regionale Wertschöpfungsketten ist besonders an den Stellen nötig, an denen lange, globale Wertschöpfungsketten durch den staatlich alimentierten Forschungs- und Technologievorsprung sowie die öffentliche Finanzierung entsprechender Infrastrukturen erhebliche Wettbewerbsvorteile verzeichnen, die nicht einer überlegenen Leistungsfähigkeit geschuldet sind. Beispielsweise besteht eine erhebliche ökonomische und ökologische Herausforderung für regionale Wertschöpfungsketten im Aufbau smarterer Logistikkösungen für kleine Mengen und dezentrale Versorgung.

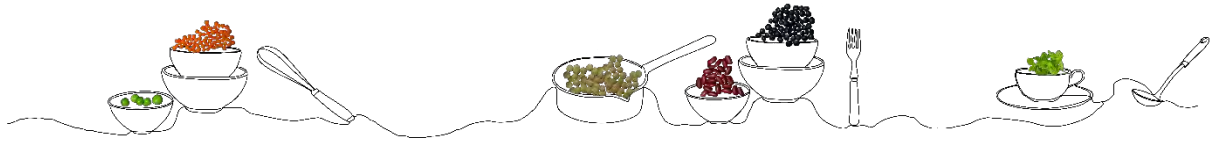
Ausbildung und Studium in den Bereichen Landwirtschaft, Gartenbau und Lebensmittelverarbeitung anpassen

Nicht nur die Innovationslandschaft, auch die Ausbildung im Bereich Landwirtschaft und Gartenbau ist auf industrielle Strukturen und überregionale Vermarktung ausgerichtet. Auch deshalb fehlt es an einem institutionalisierten Wissensaufbau, der Jung-Landwirt*innen und -Gärtner*innen Kompetenzen vermittelt, die in bäuerlichen Strukturen und in der Regional- bzw. Direktvermarktung benötigt werden. Auch in der Ausbildung im Lebensmittelhandwerk bzw. in der Lebensmitteltechnologie gibt es hier z. T. erhebliche Defizite, die Nachwuchskräften den Weg in eine erfolgreiche regionale Wertschöpfung eher erschweren als erleichtern. Gefragt ist hier vor allem die Bundes- und die Landesebene: Während die Ausbildungsverordnungen auf Bundesebene – unter Beteiligung der zuständigen Bundesministerien, Fachverbände, Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften – erlassen werden, werden die Ausbildungsrahmenpläne auf Länderebene ausgearbeitet, koordiniert von der Kultusministerkonferenz. In eine entsprechende (Weiter-)Entwicklung der (Hochschul-) Ausbildung in Richtung einer nicht-industriellen Landwirtschaft und einer handwerklichen Lebensmittelwirtschaft sollten einschlägige Praktiker*innen und Interessenverbände (z.B. Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft) einbezogen werden.

Zugang zu Land/Produktionsflächen für kleine Betriebe und Prosumer-Initiativen ermöglichen

Ein zentrales Problem für den Aufbau und Ausbau kleiner, regional wirtschaftender Betriebe wie auch für Prosumenten-Modelle der Lebensmittelerzeugung (z.B. Selbsterntegärten, Gemeinschaftsgärten, Solidarische Landwirtschaften etc.) ist der Zugang zu Land. Die Pacht- und Bodenpreise sind in den letzten Jahren extrem gestiegen, Boden ist als sichere Geldanlage zum Spekulationsgut für nicht-landwirtschaftliche Akteure geworden. Dadurch ist für viele Initiativen der Zugang zu bewirtschaftbaren Flächen versperrt. Diese Problemlage könnte durch eine Ausweitung der Grundstücksverkehrsgesetze auf Aktiengesellschaften gemildert werden. Bisher fällt der Landerwerb von Aktiengesellschaften und GmbH nämlich nicht (immer) unter das Grundstücksverkehrsgesetz, welches die Möglichkeit beinhaltet, dass die Bewilligungsbehörde Landkäufe untersagt, falls durch diese die Agrarstruktur gefährdet wird (vgl. Bauer 2018). Auch die Bevorzugung bei der Verpachtung von Boden in öffentlicher Hand (resp. ein Vorkaufsrecht) für

²⁵ Clausen (2020: 40) schätzt in einer Zusammenschau verfügbarer Daten und Studien, dass lediglich 1,5-5% der Forschungsgelder für den Agrarbereich explizit in den ökologischen Landbau fließen, obgleich der Forschungsbedarf hier besonders groß ist (z.B. in Züchtungsforschung, Boden- und Nährstoffmanagement, vgl. Haller 2020).



Prosumer-Initiativen und/oder bäuerlich wirtschaftende Landwirte wäre denkbar.²⁶ Auch hier sollten an die bevorzugte Vergabe Zusatzbedingungen an die regionale Erzeugung geknüpft werden.²⁷

Teilnahme an Prosumenten-Modellen für einkommensschwache Haushalte fördern

Eine politische Maßnahme, die Umweltbildung, Regionalversorgung und Sozialpolitik verbindet, wäre die gezielte Förderung der Teilnahme an Prosumenten-Modellen der Lebensmittelversorgung für einkommensschwache Haushalte, insb. Transfergeldempfänger. Selbsterntegärten, Solidarische Landwirtschaften oder Hofaktien (vgl. Haack et al. 2020) bieten zwar oft relativ preisgünstige Möglichkeiten der (Selbst-)Versorgung mit Bio-Lebensmitteln (insb. Gemüse), können aber preislich im Vergleich mit konventioneller Discounterware nicht mithalten, insb. wenn statt Gemüse kohlenhydratreiche Nahrungsmittel eingekauft werden. Eine Bezuschussung der Teilnahme an solchen Initiativen für Haushalte, die von Transferleistungen nach SGB II abhängen, könnte sowohl eine gesunde, nachhaltige Ernährung begünstigen, als auch gesellschaftliche Teilhabe und Integration fördern.

5 Ausblick: Politische Prozesse zur Einspeisung von Regionalisierungszielen und -maßnahmen

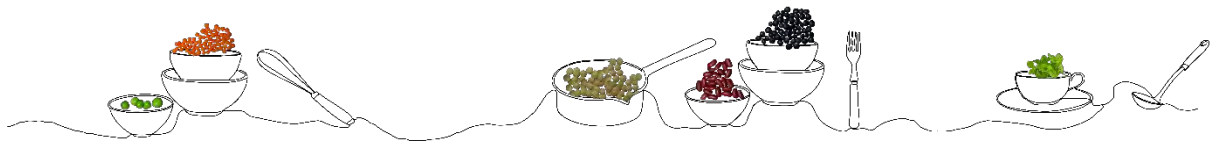
Um Ansätze für eine Regionalisierung des Ernährungssystems in den politischen Betrieb einzuspeisen, bieten sich gelegentlich Möglichkeitsfenster, wenn unerwartete Krisen einen Umschwung der öffentlichen Diskurse bewirken, Entscheidungsprozesse anstehen, Strategien aufgesetzt oder Förderlinien ausformuliert werden.

Ein Umschwung im öffentlichen Diskurs zu Ernährungssicherheit ist durch die **Corona-Krise** und jüngst durch den russischen **Angriffskrieg gegen die Ukraine** zu beobachten. Durch das Brüchigwerden globaler Lieferketten (oder durch Zweifel an deren Zuverlässigkeit) hat die Frage nach **resilienten Versorgungssystemen** an Konjunktur gewonnen – und damit der **Wunsch nach Unabhängigkeit** von außerhalb des politischen Einflussbereichs liegenden Akteuren. Inwiefern dies den Aufbau nachhaltiger regionaler Ernährungssysteme begünstigt, ist noch nicht eindeutig abzusehen: Teilweise werden mit dem Argument der Herstellung von Versorgungssicherheit auch ökologische Ziele und Maßnahmen kassiert (z.B. durch die Reaktivierung von Stilllegungsflächen für den Futtermittelanbau).

Deutlicheren Vorschub für die Regionalisierungsdiskussion leistet das im **Koalitionsvertrag** der aktuellen Bundesregierung (SPD/Grüne/FDP 2021) festgeschriebene Ziel, bio-regionale Wertschöpfungsketten auszubauen. Im Kontext der Entwicklung einer bundesweiten Ernährungsstrategie bis 2023 steht der am Beginn dieses Papiers bereits zitierte Satz: „Unser Ziel ist, den Anteil regionaler und ökologischer Erzeugnisse entsprechend unserer Ausbauziele zu erhöhen“ (ebd.: 45). Das im Koalitionsvertrag benannte Ausbauziel für den ökologischen Landbau beträgt 30% Flächenanteil bis 2030. Ob der zitierte Satz dahingehend zu lesen ist, dass **im gesamten Lebensmittelkonsum ein bio-regionaler Anteil von 30%** angestrebt wird, ist nicht eindeutig. Möglich wäre auch ein entsprechend der geringeren Flächenproduktivität des Ökolandbaus (ca.

²⁶ Der Koalitionsverträge der aktuellen Bundesregierung sieht vor, dass Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) vorrangig an ökologisch wirtschaftende Betriebe verpachtet werden sollen (SPD/Grüne/FDP 2021).

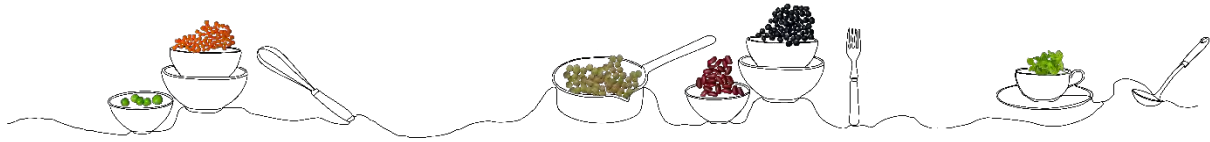
²⁷ Tiefgreifender und langfristig wirkungsvoller wäre eine Bodenreform, die Land als Gemeingut definiert, dessen Bewirtschaftung im Sinne der Förderung und nicht des Abbaus des Gemeinwohls erfolgen muss. Entsprechende Vorschläge aus der Literatur können in diesem Rahmen nicht diskutiert werden.



70% des konventionellen Anbaus, allerdings stark kultur-, sorten- und flächenabhängig) reduzierter Zielwert, also 21%²⁸. Sollte diese Lesart richtig sein, bedarf es enormer Anstrengungen: Gegenwärtig liegt der Marktanteil von Bio-Produkten bei knapp 7%, der Flächenanteil des Ökologischen Landbaus bei knapp 11% (BÖLW 2022a, 2022b). Wieviel der in Deutschland erzeugten Bio-Produkte regional vermarktet werden, ist nicht bekannt (auch mangels einheitlicher Definition, was Regionalität bedeute). Es ist jedoch davon auszugehen, dass bislang nur ein kleiner Teil der Produktion regional vermarktet wird (vgl. Landesverband Regionalitätsbewegung NRW 2022).

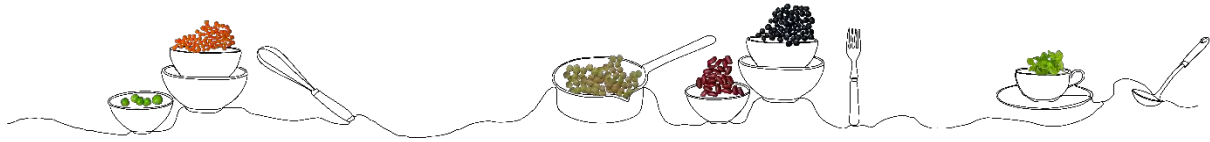
Um einen bio-regionalen Anteil von 21% oder gar 30% am Lebensmittelkonsum zu erreichen, muss die Ernährungsstrategie der Bundesregierung ambitionierte Maßnahmen beinhalten. Möglich ist allerdings auch, dass die Operationalisierung der Ziele zum bio-regionalen Konsum teilweise an untere Politikebenen delegiert wird – was, wie oben diskutiert, auch recht plausibel wäre, da regionale Potenziale und Hemmnisse beachtet werden sollten und regionalspezifische Maßnahmen teilweise besser greifen dürften als bundesweite. In jedem Falle scheint es sinnvoll, die Ergebnisse der vorliegenden Arbeiten zur Regionalisierung in den Prozess der **Entwicklung der deutschen Ernährungsstrategie** einzuspeisen. Des Weiteren werden und wurden bereits **auf Landes- und kommunaler Ebene** Ernährungsstrategien entwickelt, für die die Projektergebnisse relevant sein könnten.

²⁸ Der Zielwert könnte sich allerdings auch auf Marktanteile beziehen. Landwirtschaftsminister Özdemir sprach Ende Januar vom Ziel, „30 Prozent Ökolandbau bis 2030 zu erreichen, und zwar nicht nur in der Fläche, sondern auch im Supermarktregal“. Da sich der Koalitionsvertrag nicht nur auf biologische sondern auch auf regionale „Erzeugnisse“ bezieht, liegt die Vermutung nahe, dass es um 30% Marktanteil geht. In diesem Falle könnten 30% Bio-Anbauflächen mit 30% Marktanteil korrespondieren, da Bio-Produkte zwar flächenintensiver aber auch teurer sind.

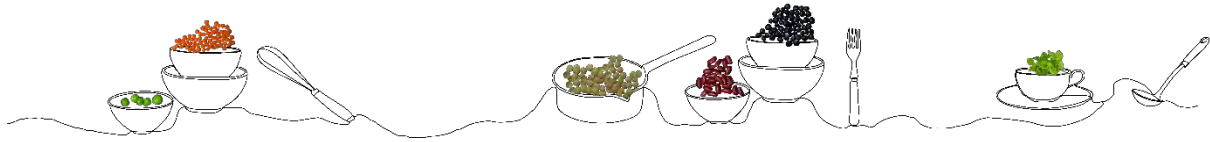


Literatur

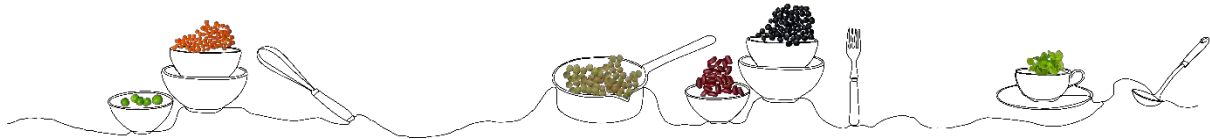
- Bauer, N. (2018): Landgrabbing in Deutschland? Von den Folgen einer Gesetzeslücke. Feature im Deutschlandfunk. 27.2.2018. Abrufbar unter: http://www.deutschlandfunk.de/von-den-folgen-einer-gesetzes-luecke-landgrabbing-in.1247.de.html?dram:article_id=407468
- Beck, U. (1993): Die Erfindung des Politischen, Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung 1. Aufl., Erstaussage (Edition Suhrkamp). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bednarek, D. (2013): Kann sich Freiburg selbst ernähren? Bachelorarbeit an der Fakultät für Umwelt und Ressourcen der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, 2013. Online verfügbar unter https://www.agronauten.net/wp-content/uploads/2014/03/Bednarek_Kann-sich-Freiburg-selbst-ern%C3%A4hren.pdf
- Bex, P.; Wittberg, V; Treurniet, A. (2020): Bürokratiebelastung für Unternehmen bremsen. Eine Studie am Beispiel Gastgewerbe. Im Auftrag des Deutschen Industrie- und Handelskammertags. Abrufbar unter: <https://www.dihk.de/resource/blob/18690/d9172ef787eef2f6d984a8754051675a/studie-buerokratieabbau-data.pdf>
- BÖLW (Bund Ökologische Land und Lebensmittelwirtschaft) (2022a): Bio-Markt weiter in Fahrt mit Umsatzplus von 5,8 %. Abrufbar unter: <https://www.boelw.de/themen/zahlen-fakten/handel/artikel/umsatz-bio-2021/>
- BÖLW (Bund Ökologische Land und Lebensmittelwirtschaft) (2022b): Zahlen, Daten, Fakten, Die Bio-Branche 2021, 2021. Abrufbar unter: https://www.boelw.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Zahlen_und_Fakten/Broschuere_2022/BOELW_Branchenreport2022.pdf
- BReg (Bundesregierung) (2021): Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik. Landwirtschaft wird zukunftsfest, nachhaltig und klimafreundlich. Abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/reform-der-gemeinsamen-agrarpolitik-1888786>
- BReg (Bundesregierung) (2022): Rede des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft, Cem Özdemir, in der Vereinbarten Debatte zur Politik der Bundesregierung vor dem Deutschen Bundestag am 14. Januar 2022 in Berlin. Abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-des-bundesministers-fuer-ernaehrung-und-landwirtschaft-cem-oezdemir--1997262>
- Bundesverband Geothermie (2021): Geothermisch beheizte Gewächshäuser – eine vielversprechende Alternative für die Landwirtschaft. Abrufbar unter: https://www.geothermie.de/aktuelles/nachrichten/news-anzeigen/news/geothermisch-beheizte-gewaechshaeuser-eine-vielversprechende-perspektive-fuer-die-landwirtschaft.html?tx_news_pi1%5BactbackPid%5D=10&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=e9427ccf711cfe458642e562ffed1c9
- Carey, R. (2011): Who feeds Bristol? Towards a resilient food plan. Abrufbar unter <https://bristolfoodpolicycouncil.org/wp-content/uploads/2012/10/Who-Feeds-Bristol-report.pdf>
- Chiffolleau, Y.; Dourian, T. (2020): Sustainable Food Supply Chains: Is Shortening the Answer? A Literature Review for a Research and Innovation Agenda. Sustainability 2020, 12, 9831. Abrufbar unter: <https://doi.org/10.3390/su12239831>



- Clausen, J. (2020): Innovationspolitik für den Ökolandbau. Ein Beitrag zur Weiterentwicklung der deutschen Umweltinnovationspolitik. UBA-Texte 01/2020. Online verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/innovationspolitik_oekolandbau_2020-02-28_fin.pdf
- Eichhorn, D.; Lindenthal, A.; Hanke, G.; Kristof, K. (2019): Wandelprozesse verstehen und erfolgreicher gestalten. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. Abrufbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/190620_uba_hg_wandelprozesse_erfolgreich_gestalten_bf.pdf
- Feindt, P.H.; Grohmann, P.; Häger, A.; Krämer, C. (2021): Verbesserung der Wirksamkeit und Praktikabilität der GAP aus Umweltsicht. Abschlussbericht. UBA-Texte 91/2021. Abrufbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2021-06-14_texte_91-2021_wirksamkeit_gap.pdf
- Fink-Keßler, A.; Thomas, F. (2019): Handelshemmnisse für die hofnahe Verarbeitung und die Direktvermarktung beseitigen! Diskussionspapier des AgrarBündnis e.V. im für einen Expertenworkshop. Abrufbar unter: https://www.agrarbuendnis.de/fileadmin/Daten_AB/Projekt_Lebensmittelhandwerk/Diskussionspapier_AgrarBuendnis_DirVermarktung_und_Lebensmittelhandwerk_2019-05-21.pdf
- Gider, D.; Betzenbichler, E.; Böhm, M.; Keller, J.; Bauer, C. (2021): Produktions- und Marktpotenzialerhebung und -analyse für die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung ökologischer Agrarerzeugnisse und Lebensmittel aus Baden-Württemberg. Unter Mitarbeit von Wirz, A. und Strobel-Unbehaun, T. Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (Hg.). Abrufbar unter: https://mlr.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlr/intern/dateien/PDFs/Landwirtschaft/Oekologischer-Landbau/EVA-BIOBW-2030_Endbericht.pdf
- Haack, M.; Engelhardt, H.; Gascoine, C.; Schrode, A.; Fienitz, M.; Meyer-Ohlendorf, L. (2020): Nischen des Ernährungssystems: Bewertung des Nachhaltigkeits- und Transformationspotenzials innovativer Nischen des Ernährungssystems in Deutschland. UBA-Texte 121/2020. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-07-02_texte_121-2020_nischen-ernaehrung-deutschland.pdf
- Haller, L.; Moakes, S.; Niggli, U.; Riedel, J.; Stolze, M.; Thompson, M. (2020): Entwicklungsperspektiven der ökologischen Landwirtschaft in Deutschland. UBA-Texte 32/2020. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-03-17_texte_32-2020_oekologische-landwirtschaft.pdf
- Heyen, D.A. (2016): Exnovation. Herausforderungen und politische Gestaltungsansätze für den Ausstieg aus nicht-nachhaltigen Strukturen. Öko-Institut Working Paper. Online verfügbar unter: <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/WP-Exnovation.pdf>
- Joseph, S.; Peters, I.; Friedrich, H. (2019): Can Regional Organic Agriculture Feed the Regional Community? A Case Study for Hamburg and North Germany. In: Ecological Economics 164, S. 106342. Abrufbar unter: <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2019.05.022>
- Kahlenborn, W.; Mewes, H.; Knopf, J.; Hauffe, P.; Kampffmeyer, N.; Fichter, K.; Clausen, J.; Weiß, R.; Beucker, S.; Bergset, L. (2013): Treiber und Hemmnisse für die Transformation der deutschen Wirtschaft zu einer „Green Economy“. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung



- und Forschung (BMBF), Berlin. Online verfügbar unter: https://www.adelphi.de/de/system/files/mediathek/bilder/green_economy_studie_adelphi_borderstep_0.pdf
- Landesverband Regionalbewegung NRW e.V. (Hg.) (2022): Regionalitätsstrategie NRW. Zukunftschancen für Regionalvermarktung, Biodiversität, Landwirtschaft und Lebensmittelhandwerk. Abrufbar unter: https://www.regionalbewegung.de/fileadmin/user_upload/pdf/pdf_nrw/Final_Regionalitaetsstrategie_NRW_.pdf
- Moschitz, H.; Oehen, B.; Rossier, R. (2015): Regionaler Konsum in Freiburg, Anteil von Lebensmitteln regionalen Ursprungs am Gesamtverbrauch der Stadt Freiburg. Studie des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL) im Auftrag der Stadt Freiburg, 2015. Online verfügbar unter: https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E138525682/1045847/Regional-Konsum.pdf
- Netzwerk deutscher Biostädte (2017): Mehr Bio in Kommunen. Strategien und Konzepte zur erfolgreichen Einführung von Bio-Lebensmitteln im Verpflegungsbereich von Kommunen. Ein Praxisleitfaden des Netzwerks deutscher Biostädte. https://www.biostaedte.de/images/pdf/leitfa-den_V4_verlinkt.pdf.
- Normenkontrollrat Baden-Württemberg (2021): Entlastungen für das Bäckerhandwerk. Empfehlungsbericht des Normenkontrollrats Baden-Württemberg. Abrufbar unter: https://www.normenkontrollrat-bw.de/fileadmin/_normenkontrollrat/PDFs/Empfehlungsberichte_und_Positionspapiere/Baeckereistudie_NKR_BW.pdf
- Ott, K.; Döring, R. (2004): Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit. Marburg.
- Paech, N. (2006): Nachhaltigkeitsprinzipien jenseits des Drei-Säulen-Paradigmas. In: Natur und Kultur 7 (1), S. 42–62.
- Quack, D., Teufel, J. (2020): Politikempfehlungen für eine nachhaltige Transformation der Gemeinschaftsverpflegung. Öko-Institut Working Paper 5/2020, abrufbar unter: <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/WP-Politikempfehlungen-GV.pdf>
- Roehl, R. (2020): Erst in den Köpfen umstellen, dann in den Töpfen in Ökologie&Landbau 2/2020. Abrufbar unter: https://averdishome.files.wordpress.com/2020/05/oel_194_roehl.pdf
- SPD/Grüne/FDP (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021-2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP). Abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/04221173eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1>
- Stein, A.J., Santini, F. (2021): The sustainability of “local” food: a review for policy-makers. Review of Agricultural, Food and Environmental Studies. Abrufbar unter: <https://doi.org/10.1007/s41130-021-00148-w>
- StMELF (Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)(2021): Bayerische Leitlinien Betriebsgastronomie. Abrufbar unter: [https://www.bestellen.bayern.de/application/eshop_app000009?SID=1043130837&ACTIONxSESSx-SHOWPIC\(BILDxKEY:%2708082015%27,BILDxCLASS:%27Artikel%27,BILDxTYPE:%27PDF%27\)](https://www.bestellen.bayern.de/application/eshop_app000009?SID=1043130837&ACTIONxSESSx-SHOWPIC(BILDxKEY:%2708082015%27,BILDxCLASS:%27Artikel%27,BILDxTYPE:%27PDF%27))



- Vittersø, G.; Borgen, S.O.; Majewski, E.; Malak-Rawlikowska, A.; Tocco, B. (2021): Strategic Guide for Short Food Supply Chains. Abrufbar unter: <https://www.strength2food.eu/wp-content/uploads/2021/04/Strategic-Guide-Short-Food-Supply-Chains.pdf>
- Wirz, A.; Kasperczyk, N.; Thomas, F. (2017): Kursbuch Agrarwende 2050. Ökologisierte Landwirtschaft in Deutschland. Langfassung. Forschungsinstitut für biologischen Landbau / Greenpeace (Hg.). Online verfügbar unter: https://www.greenpeace.de/publikationen/20170105_studie_agrarwende2050_lf.pdf
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (2021): „Bio-Regionalität“ in der Gemeinschaftsverpflegung. Verankerung im Vergabeverfahren. Ausarbeitung WD 7 - 3000 - 064/21. Abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/852838/3a01bfb5f0c3dc8f42f564e9079f1742/WD-7-064-21-pdf-data.pdf>
- Wunder, S. (2019): Regionale Ernährungssysteme und nachhaltige Landnutzung im Stadt-Land-Nexus. UBA Texte 137/2019. Abrufbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-11-08_texte_137-2019_run_ap3_4.pdf
- Wunder, S.; Wolff, F.; Kuhn, S.; Burger, A.; Giseke, U.; Kasper, C. (2019): Rural Urban Nexus – Globale Landnutzung und Urbanisierung: Integrierte Ansätze für eine nachhaltige Stadt-Land-Entwicklung: Abschlussbericht. UBA Texte 138/2019. Abrufbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/rural-urban-nexus-globale-landnutzung-urbanisierung>
- ZKL (Zukunftskommission Landwirtschaft) (2021): Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft. Abrufbar unter: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/abschlussbericht-zukunftskommission-landwirtschaft.pdf?__blob=publicationFile&v=13